

Firmen fordern schärfere Klimapolitik

Wirtschaftsgrössen wie Coop, Allianz oder die Post drängen im Parlament auf eine markante Reduktion des CO₂-Ausstosses - und schwächen damit den Wirtschaftsdachverband.

Daniel Friedli

Es war eine ungewöhnliche Szene letzten Montag in der Umweltkommission des Nationalrates. Da referierte vorne Urs Näf, Klimaexperte des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse, über die zu hohen Kosten, welche die Reduktion von CO₂-Emissionen im Inland der hiesigen Wirtschaft aufbürde. Gleichzeitig lagen auf dem Tisch der Parlamentarier Schreiben von namhaften Wirtschaftsgrössen, die mehr von dieser Reduktion fordern. «Wir bitten Sie, sich für ein CO₂-Gesetz mit Biss einzusetzen», heisst es in einem der Briefe, die dem «Bund» vorliegen. Die Schweiz müsse sich eigene, verantwortungsvolle Klimaziele setzen, steht in einem anderen.

Geschickt haben die Briefe 70 Unternehmen, und bei Weitem nicht nur kleine Fische aus der Solar- oder der Gebäudetechnik-Industrie. Unterzeichnet haben etwa Coop, die Post, Jumbo, Tetra Pak oder Switcher. Und selbst aus der Finanzbranche sind mit der Bank Sarasin und der Allianz-Versicherung gewichtige Akteure mit dabei.

Sie alle begrüssen, was die zuständige Nationalratskommission im Januar zur Klimafrage vorentschieden hat: Die Schweiz soll ihre CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent reduzieren - und zwar gänzlich im Inland. Der Bundesrat soll überdies die Kompetenz erhalten, je nach internationaler Entwicklung das Ziel auf 40 Prozent zu erhöhen. Damit gehen die Unternehmen deutlich weiter als ihr Dachverband. Economiesuisse unterstützt nach anfänglichem Zögern heute die Position des Bundesrates. Diese umfasst ein Reduktionsziel von 20 Prozent (mit einer Option auf bis 30 Prozent), das zur Hälfte über den Erwerb von Verschmutzungsrechten im Ausland erkaufte werden darf.

Vergleich zur Banken-Debatte

Die Briefaktion zeigt vor allem eines: Für eine griffige Klimapolitik machen sich nicht mehr nur Ideologen stark, sie wird immer mehr auch zu einem Thema für die Wirtschaft. Freude daran hat die politische Linke, die bereits Parallelen zur Finanzplatzdebatte zieht: da die verkrustete und rückwärtsgewandte

Economiesuisse, dort ein Teil des Werkplatzes, der die Zeichen der Zeit erkannt hat. «Mit einem griffigen CO₂-Gesetz könnte der Werkplatz Schweiz mehrere Zehntausend Jobs schaffen», sagt SP-Nationalrat Roger Nordmann. Die ideologische Abwehrhaltung der Economiesuisse sei unverständlich.

Aber auch bürgerliche Politiker wie FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen üben leise Kritik. Er wünschte sich, der Wirtschaftsdachverband würde seine Abwehrhaltung etwas aufweichen und stärker auch die Zukunftsperspektive in seine Betrachtung einbeziehen. «Es braucht in der Klimapolitik eine Gesamtsicht», sagt Wasserfallen - bei der Wirtschaft, dann aber bei der AKW-Frage auch bei der Linken.

Bei Economiesuisse kann man diese Kritik nicht nachvollziehen. Die Position sei intern breit abgestützt, man höre keine Rufe nach schärferen Zielen, sagt Urs Näf. Parallelen zur Finanzdebatte lassen sich in seinem Urteil nur schon darum nicht ziehen, weil sich viele der Klimaträume schlicht nicht umsetzen lassen. «Es nützt nichts, über

Reduktionen von 30 und noch mehr Prozent zu sprechen, wenn das Potenzial dazu fehlt.» Näf verneint nicht, dass der Klimaschutz der Wirtschaft auch Chancen bietet. Doch die Schweizer Firmen nähmen diese heute schon weltweit wahr, auch ohne auf das Inland beschränkte Reduktionsziele.

Tiefere Kosten, besseres Image

Die offensiven Unternehmen sehen dies anders: Aktiver Klimaschutz fördere die Innovation und sichere den Zugang zu Wachstumsmärkten, wirbt Coop bei den Parlamentariern. Und die Post zeigt sich überzeugt, dass nachhaltiges Wirtschaften immer mehr zum Wettbewerbsvorteil wird, aus Kosten- wie aus Imagegründen.

Wer sich letztlich durchsetzt, ist offen. Die Nationalratskommission ist bei ihren letzten Beschlüssen wieder auf eine vorsichtiger Linie zurückgeschwenkt. Die CO₂-Abgabe auf Benzin wurde gestrichen, bei der Abgabe auf Heizöl soll das Parlament mitreden, sobald sie 17 Rappen pro Liter übersteigt.